



 **Anne  
Janssen**  
Mitglied des Bundestages

AUSGABE IV /2023

Foto: A. Hildebrandt · Tobias Koch, Berlin

## Die Ampel lässt die Gastronomie im Stich!

„Die Ampel-Regierung lässt die Gastronomie im Stich. Leider stießen unsere pausenlosen gemeinsamen Bemühungen der letzten Wochen auf taube Ohren, dem 1.1.2024 winken mit 19% Mehrwertsteuer kräftige Preiserhöhungen. Damit wird die Existenz vieler Restaurants und Gaststätten bedroht, die ohnehin mit multiplen Problemstellungen ringen.“ Dieses Fazit ziehen die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen, CDU-Kreisvorsit-

zende Christel Bartelmei und Gastwirt und Hotelier Mario Krar bei einem Austausch im „Leuchfeuer“ in Horumersiel.

„Für Essen to-go bleibt der Steuersatz bei 7 Prozent – obwohl das weniger personalintensiv ist, weniger Service beinhaltet, mehr Verpackungsmüll generiert und vor allem immer weniger Gastro-Kultur bringt. Damit bricht Bundeskanzler Olaf Scholz sein Versprechen, den verminderten Mehrwertsteuersatz nicht mehr abschaffen zu wollen.“, so Anne Janssen. „Mir fehlt auch jedes Anzeichen von Kompromissbereitschaft.“, sagt Gastwirt Krar. Er hält einen Steuersatz von 12 Prozent für machbar, dann aber flächendeckend für alle Leistungen im Gastro-Bereich, ob am Tisch oder außer Haus: „So wären die fehlenden Einnahmen kein Argument.“, so Krar.

Und der Schritt hin zur alten Mehrwertsteuer dreht nur als einer von vielen Hebeln an der Preisschraube. Die Steigerung des Mindestlohns sei dabei fast unerheblich, da, wer überhaupt Mitarbeiter gewinnen wolle, ohnehin über andere Gehälter verhandle, erklärt der Gastwirt

und Hotelier weiter. „Der Markt ist leer, das betrifft besonders ländlichere Regionen oder zum Beispiel auch die Inseln. Das habe ich das ganze Jahr aus keinem Gespräch in der Region anders mit auf den Weg bekommen“, ergänzt Anne Janssen.

Nicht zuletzt die unsicheren Entwicklungen im Energiebereich stellten Verbraucher wie Betriebe vor nicht abschätzbare Risiken. „Worauf sollen die Betriebe sich einstellen? Wie investieren? Diese Fragen erreichen uns aktuell ständig, weil es einfach keine verlässlichen Aussichten gibt.“, spricht Christel Bartelmei ein weiteres Problem an.

Die zahlreichen und teils unterschiedlichen kommunalen Abgaben wie Bettenabgabe, Tourismusbeitrag, Gästebeitrag sind in diesem Strauß noch gar nicht berücksichtigt. „Unsere Schlinge zieht sich zu“, so Krar. „Die Betriebe können nicht einfach mal Pause machen und sind in einem Jahr bei geklärter Lage wieder da. Wer zumacht, wird wahrscheinlich eine Lücke hinterlassen, die nicht gefüllt wird.“, prognostiziert Anne Janssen. Der Gastro-Branchenverband DEHOGA schätzt, dass am Ende 12.000 Gastronomiebetriebe in Deutschland schließen könnten. Für die touristisch geprägte Region wären die wegbrechenden Restaurants und Cafés ein schwerwiegender Verlust an Vielfalt und Attraktivität. Anne Janssen: „Das ist keine Prinzip- sondern eine Existenzfrage.“



Foto: CDU Friesland

# Unterwegs im Wahlkreis

Neben zahlreichen Terminen im Wahlkreis stand auch ein Besuch im Friedel-Orth-Hospiz in Jever auf dem Terminplan.

„Die fröhlichen Gesichter und das Lachen beeindruckten mich bei jedem Besuch in einem Hospiz aufs Neue. Die warme und herzliche Atmosphäre dieser Häuser und die Erfahrungen, von denen Mitarbeiter und Gäste berichten, unterstreichen immer wieder: Hospize sind eine elementar wichtige Möglichkeit zur selbstbestimmten Gestaltung des letzten Lebensabschnitts schwerst erkrankter Menschen.“, betonte Anne Janssen. Im Rahmen ihrer Arbeit als stellvertretendes Mitglied des Gesundheitsausschusses sei immer wieder auch dieser Themenbereich Teil der Diskussion. Der Gedanke an das eigene Lebensende falle vielen Menschen verständlicherweise schwer, allerdings: „Hospiz- und Palliativversorgung sind zentrale Bestandteile einer umfassenden medizinischen Versorgung, die jedem zur Verfügung stehen muss. Austausch und Aufmerksamkeit für diese Arbeit sind wichtig.“

Ebenfalls nahm Anne Janssen einen Besuch auf dem Werksgelände des im Sommer weitgehend niedergebrannten Unternehmens Friesland Porzellan wahr. Nach einer kurzen gemeinsamen Übersicht über die zerstörten Gebäude und den aktuellen Sachstand gab das aktuell kleine Team der Abgeordneten einen Einblick in die Pläne. So soll es in Richtung Zukunft gehen und eine neue Manufaktur entstehen. „Eine echte Herku-

lesaufgabe, für die hier alle kämpfen“, so Janssen. Aktuell stellt der Betrieb mit Unterstützung von außen den Verkauf eines Basissortiments auf die Beine, nach der vollständigen Abtragung des Schutts wird endlich das volle Ausmaß des Schadens klar sein. Erst dann könnten konkretere Pläne erarbeitet werden. Auf den Etappen bis zur neuen Manufaktur will Anne Janssen natürlich erneut vorbeischaun.



Porzellanfabrik Varel



Friedel-Orth-Hospiz

## „Nie wieder“ – ist jetzt!

Seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers hat die Hamas eine blutige Welle des Terrors über Israel gebracht. In der ersten Fraktionssitzung der CDU/CSU nach dem Angriff auf Israel begrüßten Friedrich Merz und Alexander Dobrindt S.E. Ron Prosor, den Botschafter des Staates Israel in Deutschland.

Gemeinsam mit der Ampel hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Rahmen einen Entschließungsantrag eingebracht, in welchem die Solidarität mit Israel zum Ausdruck kommt. Zusätzlich hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss den vorläufigen Stopp aller direkten und indirekten Zahlungen an die palästinensischen Gebiete gefordert.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Position klar: Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Der Terrorangriff der Hamas muss entschieden verurteilt und die Solidarität mit Is-

rael betont werden. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat - „Nie wieder“ ist jetzt! Daher muss insbesondere die Verherrlichung von Gewalt auf deutschen Straßen mit der vollen Härte des Rechtsstaats geahndet werden.

Aus dem verstörenden Jubel von Hamas-Anhängern und Sympathisanten angesichts des Terrorüberfalls auf Israel am 7. Oktober ergibt sich für die Union aber auch der Schluss, dass die Migrationspolitik neu ausgerichtet werden muss. Daher hatte die CDU/CSU-Fraktion eine aktuelle Stunde zum Thema „Verherrlichung des Terrors in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen“ beantragt.



Foto: CDU/CSU Fraktion

# — Bundestagskollege Mathias Middelberg folgte — der Einladung von Anne Janssen zum Thekentalk

Was bedeutet die Haushaltskrise für uns? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Thekentalks in der „Kajüte“ in Jever mit Dr. Mathias Middelberg. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion für Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik und Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen war auf Einladung seiner Bundestagskollegin Anne Janssen in ihren Wahlkreis gekommen und hatte gern als Gast für eine Talkrunde des CDU Kreisverbands Friesland zugesagt. Dass die anhaltende Haushaltskrise Bund und Bürger in diesem Maße beschäftigen würde, hatte im Vorfeld niemand anders brisanter. Und auch die weiteren Diskussionspunkte des Abends hatten es in sich. Mit Migrationspolitik und einem Einblick in kommunale Finanzen blieb es spannend. „Die Mehrheit der Kommunen hat mindestens ein sehr eng gestricktes Budget, das in den vergangenen Jahren mit den anwachsenden Anforderungen und stetig steigenden Kosten zum Beispiel in den Bereichen Personalkosten und Energie immer mehr unter Spannung geraten ist. Das kann nicht unbegrenzt klappen.“, so Anne Janssen, die neben ihrem Bundestagsmandat auch auf der

kommunalpolitischen Ebene tätig ist. „Umso mehr freue ich mich, das mein lieber Kollege und Landesgruppenvorsitzender sich trotz des ohnehin engen Terminplans und der Entwicklungen in Berlin die Zeit für diesen Besuch genommen hat! Seine Expertise hat uns

wertvolle Einblicke in die aktuelle Lage gewährt.“ Und auch an CDU Kreisvorsitzende Christel Bartelmei ging ein herzliches Dankeschön für die Organisation des Abends und die Wahl eines so persönlichen und lockeren Formats, das den Einstieg in die komplexen und gehaltvollen Themen erleichtert hat.



Foto: Beate Wedermann

Der Talkrunde voraus ging ein gemeinsamer Besuch im GröschlerHaus, einem Zentrum für jüdische Geschichte und Zeitgeschichte der Region. Es steht auf den Grundmauern der von den Nationalsozialisten niedergebrannten Synagoge und ist benannt nach den letzten Vorstehern der Jüdischen Gemeinde Jever. Nach einem Rundgang durch das Gebäude und die Ausstellung ging es in den Austausch, unter anderem auch zu den Themen Forschung und perspektivische Entwicklung des Hauses. „Die Haushaltskrise ist das alles überschattende Thema, doch gleichzeitig dürfen wir nicht alles andere aus den Augen verlieren. Jetzt zum Beispiel auch kulturelle Projekte nicht komplett hinten über fallen zu lassen, wird keine leichte Aufgabe.“, betonte Anne Janssen. Wie das gelingen kann, darauf müsste man sich jetzt nach Entwicklung der Lage einstellen.

## Besuch der Insel Langeoog

„Immer ein Vergnügen, auch wenn es beruflich ist“, zog Anne Janssen über ihren jetzigen Besuch auf der Insel Langeoog Bilanz. Genau wie Wangerooge, Spiekeroog und Minsener Oog gehört sie zum Wahlkreis 26. „Mit der notwendigen Fährverbindung lassen sich leider einzelne Termine nicht so leicht wahrnehmen wie auf dem Festland, aber mit ein bisschen Planung und Vorlauf geht alles!“



So stand am Vormittag zunächst ein persönlicher Austausch mit Bürgermeisterin Heike Horn in Begleitung von CDU-Kollegin Daniela Peters - für die CDU Langeoog im Kreistag - auf dem Programm. „Die Inselgemeinden unterliegen besonderen Anforderungen, ob beim Thema Tourismus, Schule oder medizinische Versorgung.“ Wie die meisten Kommunen verfügen auch die Inseln dabei über ein überschaubares Budget und seien ebenso vom

steigenden Kostendruck betroffen. „Theoretisch lässt sich das natürlich auch alles digital besprechen aber es gehört doch dazu, im gesamten Gebiet meines Mandats auch vor Ort zu sein.“, so Janssen.

Direkt im Anschluss brachte ein Treffen mit dem Vorstand der CDU Langeoog auch einen genaueren Einblick in das kommunale politische Geschehen. Zahlreiche Mitglieder des Inselverbandes sind selbst im Bereich Tourismus beruflich aktiv und konnten der Abgeordneten so eine unmittelbare Bilanz zur Sommersaison geben und hatten auch aktuelle Problemstellungen sowie eine perspektivischen Ausblick auf Entwicklungen parat. Die großen allgemeinen Sorgen Themen gestiegene Energiekosten und Fachkräftemangel sind längst auf der Insel zu einem maßgeblichen und den Verlauf der Saison bestimmenden Faktor geworden. Auch tagesaktuelle Themen, wie Migrationspolitik, Informationsfreiheit und Transparenz, Bau- und Wohnraumpolitik auf Langeoog oder das neue Bürgergeld waren Gegenstand des Austauschs.

Grund zum Schmunzeln gab es bei der Vielzahl der ersten Themen dennoch, denn Anne Janssen hatte als kleines Präsent für den neu gewählten Vorstand ein Vogelhäuschen im Gepäck, das sie an den stellvertretenden Vor-

sitzenden Bernhard Sieger übergab. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bausätze für die Nistkästen im Rahmen einer



Nachhaltigkeitsaktion von den Caritas-Werkstätten Hochrhein anfertigen lassen. „Als Symbol für vitale Lebensräume und ökologische Nachhaltigkeit sind sie mit uns Abgeordneten von Berlin aus nach ganz Deutschland gegangen. Den Zusammenbau habe ich schon einmal erledigt, das Design übernimmt die CDU Langeoog.“, so Anne Janssen.

# — Meine Rede gegen das Verbot — von Kopftüchern in Kitas und Schulen

In einem Antrag fordert die AfD derzeit das Verbot von Kopftüchern für Kinder in Kitas und Grundschulen. Als Berichterstatterin der CDU/CSU-Fraktion für den Bereich Schule konnte Anne Janssen in der Plenardebatte am 16. November 2023 die unterstellte Symbolpolitik des Kleidungsstückes mit dem radikalen Islamismus entschieden mit ihren persönlichen Erfahrungen als Grundschullehrerin widerlegen. Selbstverständlich darf das Tragen eines Kopftuches nicht zu Einschränkungen im Unterricht führen, den Schulfrieden gefährden oder die persönliche Entwicklung des Kindes beeinträchtigen. Die Probleme der äußerlichen Abgrenzung durch Kleidung sind Anne Janssen jedoch ebenso wie die Ausübung von Zwang und Druck von Eltern auf ihre Kinder lediglich in anderem Kontext begegnet.



Die Religionsfreiheit ist in Zeiten wie diesen eines der höchsten Güter einer freien und demokratischen Gesellschaft. Weder Juden noch Muslime oder Christen sollten Angst haben, religiöse Symbole offen zu tragen. Der wahre Konflikt schwelt hinter diesen Symbolen und ist nicht mit Verboten zu lösen.

## Ganztagsausbau auf der Kippe – Finanzierungslücke droht

Ab 2026 hat jeder Erstklässler in Niedersachsen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz – zumindest theoretisch, denn in der Praxis könnte ein enormes Finanzierungsdefizit diesen Anspruch noch vor seinem Inkrafttreten gefährden. Das Vorhaben wird jeweils anteilig durch Bund, Länder und Kommunen finanziert. Das Problem: die bislang beschlossenen Anteile könnten trotz der vorgesehenen niedrigen prozentualen Beteiligung für die Kommunen nicht umsetzbar sein.

Nach einem Treffen mit Grundschulen und Kommunen des Landkreises Friesland nach den Herbstferien zu diesem Thema ziehen die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen und die Landtagsabgeordnete Katharina Jensen auch für die Region eine ernüchternde Bilanz: „Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist maßgeblich für eine Entlastung der Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Scheitern würde fehlende Betreuung und fehlende Planungssicherheit bedeuten. Mit einem Finanzierungsanteil von 3,5 Milliarden Euro leistet der Bund zwar einen erheblichen Beitrag, doch wenn es am Ende trotzdem nicht reicht, müssen wir uns besser gestern als morgen fragen, ob der Anteil wirklich groß genug ist. Leider macht die aktuell verfahrenere Haushaltslage der Ampel auch jeden sinnvollen Anspruch aktuell zu einer nicht absehbaren Aufgabe.“ Dass sich diese Lage kurzfristig mit einer verlässlichen Aussicht für 2026 kläre, sei unwahrscheinlich. Dabei müsse der vordringliche Fokus in Zeiten allgegenwärtiger Personalnot auf der frühzeitigen Gewinnung des notwendigen zusätzlichen Fachpersonals liegen: „Sollte die Finanzierung dieser Stellen nicht rechtzeitig abgesichert sein, wie sollen

die Schulen dann auf die Suche auf einem ohnehin ausgedünnten Markt gehen?“, hinterfragt Katharina Jensen

„Wir sehen deutlich: Das Geld reicht nicht und ohne deutlich mehr Geld vom Land droht die flächendeckende Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Erstklässler ab 2026 zu scheitern. Deswegen hat die CDU-Fraktion in Niedersachsen in ihrem Haushaltsentwurf für 2024 gefordert, dass die Mittel, die das Land für den Ganztagsausbau an Grundschulen zur Verfügung stellt, um 15 Millionen Euro aufgestockt werden. Damit stünden rund 25 Millionen Euro statt bisher 10 Millionen Euro von Landesseite bereit“, sagt Katharina Jensen, CDU-Landtagsabgeordnete. Denn die Kommunen, auch in Friesland und Jade, seien teilweise nicht in der Lage, die teils enormen Investitionssummen zu stemmen. Auch dann nicht, wenn sie „nur“ 15 Prozent der Gesamtkosten übernehmen müssten.

Das bedeutet für den Landkreis Wittmund, den Landkreis Friesland und die Stadt Wilhelmshaven einen enormen finanziellen Aufwand. Dazu finden auch die CDU-Frakturen vor Ort klare Worte: „Unser Anspruch muss sein, dass unsere Grundschulen so gut aufgestellt sind, dass eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung möglich ist. Das bedeutet neben mehr Räumen für Erholung und Freizeit auch funktionale Teams, mehr Schulsozialarbeit, Kooperationen und pädagogisches Personal. Jährliche Personalkosten, die noch nicht eingeplant sind, und die die Kommunen zusätzlich aufwenden müssen.“, so etwa Melanie Sudholz, CDU-Kreisrätin und Mitglied des Landkreises Friesland im Ausschuss Schule, Sport, Kultur.

## Buchempfehlung im Fraktionsnewsletter

Anne Janssen hat in der Weihnachtsausgabe des Newsletters der CDU/CSU-Fraktion „fraktion.direkt“ ein besonderes Buch vorgestellt. Hier geht es direkt zur Weihnachtsausgabe von fraktion.direkt:



„Entmenschlicht“ von Huschke Mau ist ein zu tiefst bewegendes und aufklärendes Buch, das die schreckliche Realität der Prostitution aus der Perspektive einer ehemaligen Prostituierten beleuchtet. Mau gewährt einen tiefen Einblick in ihre erschütternde Lebensgeschichte, die von Gewalt, Drogenabhängigkeit und einem harten Überlebenskampf geprägt ist. Die Autorin erzählt nicht nur von ihrem Leidensweg, sondern nutzt ihre Erfahrungen, um das System der Prostitution zu analysieren und die Abgründe offenzulegen. Ihre These ist, dass Prostitution immer sexuelle Gewalt bedeutet und Frauen in Abhängigkeiten oder Notlagen gefangen sind – während Freier eine Wahl haben. Damit eröffnet sie eine wichtige Diskussion. Mau bringt uns dazu, die gesellschaftliche Sicht auf Prostitution infrage zu stellen, und lenkt den Fokus auf die Verursacher dieses Problems – Männer, die Frauen kaufen. Ihr Buch ist eine mutige und ehrliche Auseinandersetzung mit einem heiklen Thema, das oft tabuisiert wird. Es ist persönliche Geschichte und Aufruf zur Veränderung zugleich. Es öffnet unsere Augen und fordert uns zum Handeln auf.

Huschke Mau, Entmenschlicht – Warum wir Prostitution abschaffen müssen, Edel Books



# — Ernst Schumacher und Anne Janssen im Gespräch —

Seit dem 29. September ist er offiziell an der Arbeit - der Bürgerrat „Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben“ des Deutschen Bundestages. In diesem zusätzlichen Demokratiewerkzeug sitzen 160 per Los ausgewählte Menschen aus ganz Deutschland. Sie sollen besonders die Menschen repräsentieren, die sich für ihre Interessen bislang nicht in den Bürgerbüros über Verbände oder Vertretungen einsetzen und werden unter anderem Themen wie Lebensmittelkennzeichnung und -verschwendung aufgreifen. Eine direkte Rückmeldung aus der Mitte der Gesellschaft, die wie in den Ausschüssen des Bundestages auch in einer Reihe Sitzungen erarbeitet wird. In eingehenden Beratungen wird ein Bürgergutachten mit konkreten Handlungsempfehlungen erstellt, das in die parlamentarischen Beratungen einfließt.

In diesem Gremium sitzt auch Ernst Schumacher aus Funnix, der mit dem Themenschwerpunkt Landwirtschaft betraut ist. Mit dem 64 jährigen Rentner tauschte sich Anne Janssen nun zu seiner Rolle dort, zu Meinungsbildung in der Politik und darüber aus, warum er stolz darauf ist, für die Region mit dabei sein zu dürfen. Als nur einer von 15 Niedersachsen.

„Wie auch bei vielen ehrenamtlichen Kollegen auf der kommunalen Ebene konnte ich bei Herrn Schumacher durchhören, wieviel Freude und Engagement hinter diesem Dienst stecken. Und wie wichtig es ist, dass auch die Menschen, die nicht von allein zu mir ins Bürgerbüro kommen, sich im Bundestag mit ihrer Sicht vertreten fühlen. Das hat mir auch noch

einmal bewusst gemacht, welches Privileg es ist, meine Heimat im Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen.“, so Anne Janssen. Sie wolle aber auch weiter die Werbetrommel für ihre Sprechstunden rühren: „Der Bürgerrat bildet einen Bevölkerungsquerschnitt ab, aber schon auf meinen Wahlkreis gerechnet sind sie nur ein Beispiel. Viele denken immer noch, ihr Standpunkt wäre nicht „gewichtig“ genug für einen Austausch, dabei ist es gerade die Vielzahl dieser Rückmeldungen, die ein Bild abgeben. Demokratie lebt auch von dieser Form der Beteiligung.“



Nach der Festlegung von neun „Maßnahmenkörben“ befindet sich der Rat aktuell in der Phase, in der die jeweiligen Empfehlungen erarbeitet werden. Das abschließende Gutachten, das Ernst Schumacher bis Ende Februar zusammen mit seinen „Kollegen“ des Bürgerrates erstellt, wird anschließend durch die Mitglieder des Bundestages beraten. „Ich bin schon jetzt sehr gespannt, was uns der Bürgerrat mit auf den Weg geben wird und drücke unserem Vertreter die Daumen für gute Beratungen. Und vor allem wünsche ich Herrn Schumacher weiter viel Freude an dieser neuen Aufgabe!“ Anne Janssen will den Prozess weiter begleiten.

## Wahlrecht der GroKo ist verfassungskonform

Die Große Koalition hat im Jahr 2020 das Wahlrecht reformiert, um die nach den beiden vergangenen Wahlen stark gestiegene Zahl der Abgeordneten wieder zu reduzieren.

Dieses sah im Kern folgende Regelungen vor: Die Regelgröße des Bundestages von 598 Sitzen wurde beibehalten. Die Zahl der Wahlkreise wird auf 280 reduziert. Zudem wurde – bereits mit Wirkung für die Bundestagswahl 2021 – eine Änderung des Sitzzuteilungsverfahrens vorgenommen: Demnach sollte mit dem Ausgleich von Überhangmandaten erst nach dem dritten Überhangmandat begonnen werden. Ein weiterer Aufwuchs des Bundestages wurde zudem durch Anrechnung von Wahlkreismandaten auf Listenmandate derselben Partei in anderen Ländern vermieden.

Gegen dieses Wahlrecht haben Abgeordnete von FDP, Grünen und Linken vor dem Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht. Das Gericht hat jetzt entschieden: Das Bundeswahlrecht 2020 ist verfassungskonform.

Aus der Urteilsbegründung ergeben sich jedoch wichtige Erkenntnisse für die verfassungsgerichtliche Einschätzung des neuen Ampel-Wahlrechts, welches gegen die Stimmen der



Union im Bundestag beschlossen wurde. Zwar betrifft das Urteil das zuvor geltende Wahlrecht. Gleichwohl enthält das aktuelle Urteil Hinweise, welche Gestaltungsspielräume der Gesetzgeber im System des personalisierten Verhältniswahlrechts hat. So betont das Bundesverfassungsgericht, dass unausgeglichene Überhangmandate bis zur Hälfte der für die Bildung einer Fraktion erforderlichen Anzahl an Abgeordneten zulässig sind. Also könnten bis zu 15 Überhangmandate unausgeglichen bleiben. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt damit ein wichtiges Element des konstruktiven Gegenvorschlags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – nämlich die Nicht-Ausgleichung von Überhangmandaten – als geeignet und verfassungsrechtlich zulässig.

Die Ampel sollte jetzt innehalten und ihre Wahlrechtsänderung zurücknehmen. Denn dieses Wahlrecht führt zu einer „Nichtzuteilung“ von gewonnenen Wahlkreisen in so großer Zahl, dass sogar alle gewonnenen Wahlkreise einer Partei in einem Bundesland verloren gehen könnten. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist die Wahlrechtsreform der Ampel mehr denn je massiven verfassungsrechtlichen Zweifeln ausgesetzt.

# Haushaltsplan 2024: Trickserie mit Ansage

Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten im April 2022 beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen den zweiten Nachtragshaushalt 2021 der Ampel eingereicht. Diese Klage hatte die rechtliche Überprüfung der nachträglichen Umwidmung von Corona-Mitteln in Höhe von 60 Mrd. Euro für andere Zwecke und eine Überprüfung der neuen Buchungsregeln für Sondervermögen zum Ziel. Dieser Klage hat das Bundesverfassungsgericht zugestimmt. Zusätzlich hat das BVerfG die für die CDU/CSU-Fraktion wichtigen Haushaltsgrundsätze, insbesondere die Jährlichkeit aller Einnahmen und Ausgaben sowie die 2009 eingeführte Schuldenbremse gestärkt. Auch die Nutzung von schuldenfinanzierten Sondervermögen wird künftig in dieser Form nicht mehr möglich sein.

Das Urteil bedeutet auch, dass die erste Amtshandlung von Bundesfinanzminister Christian Lindner, erdacht noch von seinem Vorgänger Olaf Scholz, verfassungswidrig und nichtig war. Nun hat das BVerfG mit großer Deutlichkeit klargestellt, dass die Schuldenbremse von

der Ampel nicht nur nicht eingehalten, sondern trickreich und verschleiern umgangen wurde. Die Ampel hat mit ihrem Handeln sehenden Auges in großem Umfang erhebliche haushalterische Probleme geschaffen. Das Urteil hat auch Auswirkungen auf die Berechnungen zur Einhaltung der Schuldenbremse. Ohne eine Korrektur kann kein verfassungsgemäßer Zustand hergestellt werden. Die Ampel-Koalition hat dafür in dieser Woche einen Nachtragshaushalt 2023 im Bundestag beschlossen.

Nach langem Tauziehen erzielte die Ampel-Koalition in dieser Woche jedoch einen Kompromiss für einen Haushaltsplan 2024. Dabei hatte sie zwar erklärt, die Schuldenbremse des Grundgesetzes endlich wieder einhalten zu wollen. Gleichzeitig hatte sie mit Blick auf den Krieg in der Ukraine aber nicht ausgeschlossen, dass sich erneut eine Notsituation ergeben könnte, die die nachträgliche Aussetzung der Schuldenbremse erforderlich machen könnte. Die CDU/CSU-Fraktion kritisiert berechtigterweise, dass das Grundgesetz vor-

schreibe, dass eine Notlage tatsächlich unvorhergesehen sein müsse - dieses Kriterium trifft auf den Krieg in der Ukraine nicht zu!

Zudem hat die Bundesregierung mitten in einer Rezession neue Belastungen für Bürger und Wirtschaft beschlossen. Zum einen wurde eine schnellere Erhöhung der CO2-Steuer beschlossen. Das bedeutet teureres Tanken und Heizen. Ebenso werden Entlastungen wie der Agrardiesel gestrichen. Zum anderen soll der staatliche Zuschuss für Netzentgelte wegfallen. Dadurch werden die Netzbetreiber die höheren Kosten für den Strom an die Kunden weitergeben. Auch eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge ist im Rahmen des Haushalts im Gespräch. Aber auch der Umweltbonus für den Kauf von Elektrofahrzeugen soll früher als geplant auslaufen - das kündigte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck an.

Nach dem aktuellen Beratungsstand wird über den Bundeshaushalt für das Jahr 2024 im Januar abgestimmt.

## Frohe Weihnachten



*Liebe Leserinnen und Leser,*

zum Abschluss des Jahres lasse ich mir an dieser Stelle das letzte Wort nicht nehmen. Wir haben eine aufreibende Zeit hinter - und vor! - uns. Die Haushaltslage ist ungewiss und mit ihr zahllose Projekte und Budgets auch bei uns vor Ort. Doch über die anstehenden Feiertage können wir alle diesen Missstand nicht beheben und Sie brauchen, da bin ich sicher, mindestens ebenso dringend einen Moment der Ruhe und Erholung. Den wünsche ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, dass Sie Zeit haben, die Sie ganz ohne Druck, Hektik und Weihnachtsstress bei einem Kaffee oder Glühwein verstreichen lassen können. Wenn Feiertage für

Sie Arbeitstage sind, zum Beispiel weil Sie in einem medizinischen Bereich, in der Gastro oder Hotellerie, in Bereitschaftsdiensten oder ehrenamtlich zum Beispiel in der Feuerwehr tätig sind: Haben Sie ruhige Schichten, einen pünktlichen Feierabend und hoffentlich dennoch ein wenig Zeit für sich! Wir alle werden unsere Energie im kommenden Jahr gut gebrauchen können, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Reserven so gut wie möglich wieder aufzufüllen.

Ich durfte auch in 2023 wieder viele neue Gesichter in meinem Wahlkreis persönlich kennenlernen, hinter denen etwa Vereine, Unternehmen, private Initiativen und vor

allem viel Herzblut stehen. Das Engagement, das Sie alle zeigen, macht unsere Region schöner, bunter, wirtschaftlich und sozial stärker. Ich ziehe den Hut vor Ihren Leistungen! Auch wenn angespannte Lagen wie diese nicht die beste Motivationshilfe sind und den Ausblick auf Erfolge verstellen können, setze ich darauf, dass sie gemeinsam mit mir weitermachen. In 2024 soll und wird es nicht nur um das Gehen, was uns belastet. Ich bin mir sicher, dass wir - vielleicht ja sogar Seite an Seite - gute und wichtige Projekte voranbringen können. Die eine oder andere Nachricht wird unsere beruflichen und privaten Alltag schöner machen und für investierte Zeit und Kraft entlohnen.

Auch im neuen Jahr bin ich als Ihre Abgeordnete nur einen Anruf, eine Mail oder einen Besuch in der Bürgersprechstunde entfernt. Lassen Sie uns immer gern in Kontakt bleiben, auch wenn mein herausfordernder Terminplan hier und da etwas Geduld erfordert. Ich wünsche Ihnen vor allem Gesundheit, das nötige Quäntchen Glück, wenn es darauf ankommt, und Erfolg bei allem, was sie sich für die kommenden Monate vorgenommen haben!

Ein kleiner Hinweis zum Schluss: Mein Team und ich gehen ebenfalls in eine Feiertagspause und werden zwischen dem 24.12.2023 und dem 01.01.2024 nicht vor Ort sein. Ab dem 02.01.2024 geht es dann - hoffentlich mit neuer Energie und guten Reserven - weiter!

Bis dahin herzliche und festliche Grüße  
*Ihre Anne Janssen*

# Termine · Veranstaltungen



Richtfest auf dem NATO-Flugplatz Wittmundhafen  
Foto: Bundeswehr, Redell



Austausch mit der Jugendhilfe Collstede zu den geplanten Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste



Bei der Eröffnung der Ehrenamtsagentur gemeinsam mit dem CDU Kreisverband Wittmund



Austausch mit Generalsekretär Marco Mohrmann, der DE-HOGA Wittmund und dem Gastronomiebetrieb Wattkieker zur Entfristung der 7% in der Gastro



Besuch der Rolf Janssen GmbH in Aurich gemeinsam mit Saskia Buschmann MdL und der JU Aurich



Beim IHK-Wirtschaftsbeirat Wittmund zu Gast gemeinsam mit der Patenabgeordneten Saskia Buschmann MdL



Wahlkreisbüro

## Anne Janssen

 Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever  
Telefon: 044 61 7586144  
anne.janssen@bundestag.de

Foto: Tobias Koch, Berlin



[www.anejanssen.de](http://www.anejanssen.de)  
[fb.me/anejanssen2021](https://fb.me/anejanssen2021)  
[instagram.com/anne\\_janssen\\_26/](https://instagram.com/anne_janssen_26/)

**CDU**